

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Groß, Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Daniela Wagner, Bettina Herlitzius, Britta Haßelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/10999 –

Programm „Soziale Stadt“ zukunftsfähig weiterentwickeln – Städtebauförderung sichern

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der unter anderem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, umgehend für eine verlässliche Mittelausstattung der Städtebauförderung mit dem Leitprogramm „Soziale Stadt“ zu sorgen, das Programm „Soziale Stadt“ zum ressortübergreifenden Leitprogramm für den sozialen Zusammenhalt in Städten und Gemeinden weiterzuentwickeln, den kooperativen, fachübergreifenden Ansatz des Leitprogramms „Soziale Stadt“ zu stärken, die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Programme innerhalb der Städtebauförderung wieder herzustellen, den partizipativen und aktivierenden Ansatz im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ wieder einzuführen, als Ziel des Programms „Soziale Stadt“ die Stabilisierung der benachteiligten Quartiere mit Blick auf die Stärkung ihrer Integrationsfunktion für die Städte und Gemeinden zu verankern und kurzfristig eine Initiative zu ergreifen, um Kommunen in prekärer Haushaltslage die Teilnahme an Förderprogrammen zu ermöglichen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/10999 abzulehnen.

Berlin, den 19. Februar 2013

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender

Petra Müller (Aachen)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Petra Müller (Aachen)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/10999** in seiner 198. Sitzung am 18. Oktober 2012 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, umgehend für eine verlässliche Mittelausstattung der Städtebauförderung mit dem Leitprogramm „Soziale Stadt“ zu sorgen, das Programm „Soziale Stadt“ zum ressortübergreifenden Leitprogramm für den sozialen Zusammenhalt in Städten und Gemeinden weiterzuentwickeln, den kooperativen, fachübergreifenden Ansatz des Leitprogramms „Soziale Stadt“ zu stärken, die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Programme innerhalb der Städtebauförderung wieder herzustellen, den partizipativen und aktivierenden Ansatz im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ wieder einzuführen, als Ziel des Programms „Soziale Stadt“ die Stabilisierung der benachteiligten Quartiere mit Blick auf die Stärkung ihrer Integrationsfunktion für die Städte und Gemeinden zu verankern und kurzfristig eine Initiative zu ergreifen, um Kommunen in prekärer Haushaltslage die Teilnahme an Förderprogrammen zu ermöglichen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/10999 in seiner 88. Sitzung am 12. Dezember 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 110. Sitzung am 28. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 83. Sitzung am 12. Dezember 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 119. Sitzung am 12. Dezember 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE

LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 83. Sitzung am 12. Dezember 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 93. Sitzung am 12. Dezember 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 88. Sitzung am 28. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/10999 in seiner 88. Sitzung am 12. Dezember 2012 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, dass das Programm „Soziale Stadt“ ein Erfolgsmodell sei. Die Notwendigkeit der Sanierung des Haushalts habe aber auch bei diesem Programm Anpassungen erforderlich gemacht. Sie betonte, dass es zudem eine ganze Reihe weiterer Programme gebe, die das Programm „Soziale Stadt“ ergänzten. Sie wies darauf hin, dass erhebliche Mittel aus dem Programm nicht abgerufen worden seien, weil keine Komplementärmittel zur Verfügung gestellt worden seien. Im föderalen System sei es auch nicht die Aufgabe des Bundes, für finanzschwache Kommunen einzustehen. Der Bund übernehme aber nun die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung; davon profitierten vor allem strukturschwache Kommunen.

Die **Fraktion der SPD** vertrat die Auffassung, das Programm „Soziale Stadt“ sei in der Hand der Regierungsfaktionen kein Erfolgsmodell. In Anbetracht der ungleichen Verteilung von Risiken und Chancen in Deutschland sei es erforderlich, bei der Städtebauförderung auch Maßnahmen vorzusehen, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichten. Die Mittelausstattung des Programms „Soziale Stadt“ sei aber massiv zurückgefahren worden. Dass Mittel aus dem Fördertopf nicht abgerufen worden seien, liege auch an der finanziellen Lage der Kommunen, welche nicht ausreichend durch die Bundesregierung gestützt worden seien.

Die **Fraktion der FDP** betonte, die Städtebauförderung sei ein wichtiges Thema. Aspekte wie Generationengerechtigkeit, Familienfreundlichkeit, Zusammenhalt in den Städten, Wohnqualität und Infrastruktur müssten in einen integrierten und passgenauen Ansatz einbezogen werden. Sie betonte,

in diesem und im nächsten Haushaltsjahr würden jeweils 40 Mio. Euro für den Ausbau der Städtebauförderung zur Verfügung gestellt. Dass eine höhere Mittelausstattung des Programms „Soziale Stadt“ nicht notwendig sei, zeige sich auch am Mittelabfluss von lediglich 16,2 Prozent bis zum Oktober 2012. Es gebe zudem andere Programme zur Städteförderung, die Faktoren wie Bildung und Beschäftigungschancen förderten; durch die gesonderte Förderung könnten die Instrumente besser genutzt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, viele Kommunen müssten Kürzungen seitens des Bundes auffangen, so dass sie keine Möglichkeit hätten, Eigenmittel für das Programm „Soziale Stadt“ bereitzustellen. Am gravierendsten seien die Auswirkungen der Kürzungen bei den sogenannten weichen Faktoren, die auf Integrationswirkung zielten. Die Armut der Menschen und der Kommunen nehme weiter zu, weshalb sie nicht verstehe, warum man ausgerechnet beim Programm „Soziale Stadt“ die Mittel reduziere.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, derzeit sei es nicht zulässig, dass Mittel aus anderen Programmen in das Programm „Soziale Stadt“ flössen, nicht abgerufene Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ könnten jedoch für andere Programme genutzt werden. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit müsse wieder hergestellt werden. Eine rein bauliche Aufwertung bei Stadtteilen mit Entwicklungsbedarf reiche nicht aus und löse häufig Gentrifizierungsprozesse aus. Stattdessen seien auch nichtinvestive Maßnahmen erforderlich. Die Kommunen könnten häufig nicht mehr die erforderlichen Eigenmittel für das Programm aufbringen. Das könne man ihnen nicht vorwerfen, sondern man müsse sie vielmehr unterstützen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10999.

Berlin, den 19. Februar 2013

Petra Müller (Aachen)
Berichterstatterin